

M O S t f d e u t s c h e M o r g e n p o s t

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus 8,— Zloty monatlich oder 2,50 Zloty halbjährlich (einschließlich 1,— Zloty Beförderungsgebühr), im voraus zahlbar. Sämtliche Postämter in Polen nehmen Bezugsbestellungen entgegen. Die „Ostdeutsche Morgenpost“ erscheint siebenmal in der Woche, früh morgens — auch Sonntags und Montags — mit zahlreichen Beilagen, Sonntags mit der 16-seitigen Kupfertiefdruckbeilage „Illustrierte Ostdeutsche Morgenpost“. Durch höh. Gewalt hervorgerufene Betriebsstörungen, Streiks usw. begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes od. Nachlieferung der Zeitung.

Führende Wirtschaftszeitung

Geschäftsstelle des Verlages:
Katowice, ul. Wojewodzka 24. Fernsprecher: 503-54.

Für unverlangte Beiträge wird eine Haftung nicht übernommen.

Anzeigenpreise: Die 12-gespaltene Millimeterzeile im schlesischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., amtliche und Heilmittelanzeigen sowie Darlehensangebote von Nichtbanken 40 Gr., die 4-gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 bzw. 1,80 Zloty. — Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen sowie für die richtige Wiedergabe telefonisch aufgegebenen Anzeigen wird eine Gewähr nicht übernommen. Bei Platzvorschrift 20% Aufschlag. Bei gerichtlicher Beitreibung, Vergleich oder Konkurs kommt jeglicher Rabatt in Fortfall. Anzeigenschluß: 16 Uhr. — Gerichtsstand: Poczyna.

Tod der Kriegsschuldflüge!

„Am 28. Juni 1919 wurde die Deutsche Regierung in Versailles durch die Drohung einer Fortsetzung des Krieges gezwungen, entgegen ihrer eigenen Überzeugung und wider besseres Wissen unserer Kriegsgegner, vorbehaltlos anzuerkennen, daß Deutschland 1914 den alliierten und assoziierten Regierungen einen von uns geplanten Krieg absichtlich und vorsätzlich aufgezwungen habe, einen Krieg, den die Alliierten als das größte Verbrechen gegen die Menschheit bezeichneten, das unsere sich für zivilisiert ausgebende Nation mit Bewußtsein begangen habe.

Diese maßlose Beleidigung unseres Volkes und seiner Vorkriegsregierung ist bis heute noch von keinem einzigen der 28 Siegerstaaten offiziell zurückgenommen worden. Jeder Deutsche, der sich mit der Ehre seines Volkes verbunden fühlt, muß daher dessen eingedenk bleiben, daß wir den Kampf gegen die „Versailler Kriegsschuldthese“ nicht eher einstellen dürfen, bis sich unsere ehemaligen Kriegsgegner dazu entschließen, das moralische Unrecht der Versailler Kriegsschuldflüge zu beseitigen und Deutschland wieder die uneingeschränkten Rechte eines selbständigen Staates zuerkennen.“

Dr. h. c. Alfred von Wegerer

Herausgeber der „Berliner Monatshefte“



Aus Deutschland sollte eine Wüste werden. — Bilder von der Zerstörungswut der Feindbundmächte, die man nicht vergessen kann.

Oben links Lokomotiven auf dem Bahnhof in Trier, die in großer Menge an die Entente ausgeliefert werden mußten; Mitte oben gesprengte Festungswerke in Rastatt; rechts oben sämtliche Flugzeuge mußten vernichtet werden; unten links Zerstörung der Festungsgeschütze auf Helgoland; mitte links Verbrennung von Militärpässen und Stammbögen zur Erschwerung der Aufstellung neuer Wehrlisten; mitte rechts, selbst Vieh mußte aus dem verhungerten Deutschland abgeliefert werden; unten rechts Abtransport von Docks nach Frankreich, um den technischen Wettbewerb Deutschlands auszuschalten.

Bundesheer gegen Heimwehr

Bürgerkriegs-Szenen in Graz / Soldaten gegeneinander

Mit gefülltem Bajonett

(Telegraphische Meldung)

Wien, 27. Juni. Aufsehenerregende Szenen, wie sie sich bisher in Oesterreich noch nie abgespielt haben, ereigneten sich am Mittwochabend in Graz.

400 dienstfreie Soldaten des Bundesheeres in Uniform zogen von ihrer Kaserne geschlossen in das Innere der Stadt und brachten Schmährufe auf die Heimwehr und gegen den Bizekanzler Starhemberg aus. Wo sie Heimwehrleute erblickten, verprügelten sie diese. Die Heimwehrleute riefen Kameraden zu Hilfe, und es kam zu großen Schlägereien. Zahlreiche Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Bald hatten sich im Stadtzentrum Tausende angesammelt, die ebenfalls erregt gegen die Heimwehr Stellung nahmen und Schmährufe auf die Armee ausbrachten. Die Tumulte setzten sich auch in anderen Straßen fort. Die Polizei war machtlos. Man mußte im Diebstahl befindliche Truppen des Bundesheeres herbeirufen, die gegen ihre Kameraden voringen und schließlich sogar mit gefülltem Bajonett die Menge auseinandertrieben.

Die Ursache dieser Szenen waren Zwischenfälle, die sich tags zuvor ereignet hatten. Heimwehrleute hatten in einem Lokal einen Angehörigen des Bundesheeres verprügelt. Kameraden des Verprügelten beschloßen,

Rache zu üben. Das Truppenkommando hatte von dem Plan gehört und den Ausgang für Mittwoch unterlag. Die Soldaten hatten sich jedoch nicht an das Verbot gehalten.

Die Transfer-Schwierigkeiten

Eine Folge des Valuta-Dumpings

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath vor den Außenhandelskammern

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 27. Juni. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag veranstaltete anlässlich der Tagung der deutschen Handelskammern und wirtschaftlichen Vereinigungen im Ausland einen Empfangsabend in den Krollfestsälen. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath überbrachte Grüße und Wünsche der Reichsregierung.

Die Tagung der deutschen Handelskammern und wirtschaftlichen Vereinigungen im Ausland sollte einmal den Auslandsdeutschen Gelegenheit geben, Rinder ihrer Eindrücke von den tiefen Wandlungen der letzten Jahre in Deutschland zu sein. Die zweite Aufgabe sei sehr nüchtern, nämlich: Ausfuhr zu fördern. Es gelte, für die deutsche Ausfuhr die Erfahrungen nutzbar zu machen, die in den deutschen Außenhandelskammern angesammelt seien.

In diesem Zusammenhang streifte der Reichsaußenminister die Devisenfrage.

Der Hauptgrund für den Rückgang der deutschen Ausfuhr sei die Währungsentswertung in den großen Industrieländern, die Deutschland den Wettbewerb fast unmöglich machte.

Eigentlich sollte man von den Ländern, die ihre Währung ohne Notwendigkeit entwertet und die dadurch Deutschland am meisten in die jetzigen Transfer-Schwierigkeiten gebracht hätten, mehr Rücksicht auf die Folgen daraus und mehr Verständnis für die Lage erwarten. Leider sei das nicht der Fall. Die Drohungen, die in diesem Zusammenhang in den letzten Tagen gegen die deutsche Wirtschaft ausgesprochen worden seien, bedauerte der Reichsaußenminister. Sie seien mehr als kurzfristig. Ihre Verwirklichung wäre nicht nur ein Schlag für Deutschland, sondern für die ganze Weltwirtschaft, und sie würde ebenso stark auf die Länder zurückfallen, die sie ausführten.

Die Handelskammern im Ausland müßten an der Ausfuhrförderung mit allen Kräften mitarbeiten. Deutschland wolle sich nicht abschließen vom Ausland.

Wenn auch unter dem Zwang der Verhältnisse mit allen Kräften daran gearbeitet werde, unser Volk und unsere Wirtschaft von ausländischen Lebensmitteln und Rohstoffen unabhängiger zu machen und im Inlande alles das zu erzeugen, was hier erzeugt werden könne, so verlange andererseits unsere zentrale Lage in Europa verständnisvolle und auf wechselseitigem Entgegenkommen ausgebaute Handelsbeziehungen mit den Nachbarländern. Ebenso verlange die Notwendigkeit, Rohstoffe zu beziehen, freundschaftliche

Austauschbeziehungen mit den überseeischen Ländern.

Die Handelsbeziehungen, die Deutschland mit einer Reihe Staaten in jüngster Zeit abgeschlossen habe, seien Zeugnis für tiefen Willen. Mit diesen Verträgen seien anderen Ländern große Einfuhrmöglichkeiten nach Deutschland eröffnet worden, weil diese Länder im Geiste aufrichtiger Gegenseitigkeit auch Deutschland seinen alten Anteil an ihren Märkten belassen hätten.

Deutschland sei bereit, mit allen Ländern auf der Grundlage dieser gegenseitigen Rücksichtnahme in Verhandlungen einzutreten.

Man könne aber nicht erwarten, daß Deutschland die Zinsen für seine Auslandsschulden transferiere, wenn man der deutschen Ausfuhr alle möglichen Schwierigkeiten mache durch Zölle, durch Kontingente, durch Währungsentswertung und sogar noch durch die

angedrohten Zwangsmaßnahmen. Der Transfer sei keine Frage des guten oder schlechten Willens, sondern der tatsächlichen Möglichkeiten. Es sei eigentlich beschämend, daß man nach solchen internationalen Konferenzen und nach solchen Sachverständigenberichten diese einfache Wahrheit immer noch in die Welt hinausrufen müsse.

Beginn der Transfer-Verhandlungen

(Telegraphische Meldung)

London, 27. Juni. Die deutsch-englischen Verhandlungen über das deutsche Transfer-Moratorium haben Mittwoch vormittag um 11 Uhr im Schatzamt begonnen. Vertreter des Britischen Schatzamtes und des Foreign Office hielten eine Sitzung mit den deutschen Vertretern ab.

Rüstungskommissar Barthou

Vom Balkan zurück — Vor einer London-Reise Der „Deutsche Luftüberfall auf Paris“

Die wahre Bedeutung des Besuchs des französischen Außenministers Barthou auf dem Balkan geht am besten hervor aus der englischen Meldung, daß Barthou Rumänien eine Anleihe von annähernd 8 Millionen Pfund Sterling für Rüstungszwecke vermittelt habe. Mit Hilfe dieser langfristigen Kredite französischer Rüstungsfirmen werde die rumänische Armee jetzt mit modernem Material ausgerüstet werden. Barthou hat sich also hier in glücklichster Weise als Kredit- und Lieferungskommissar der französischen Rüstungsindustrie betätigt.

Seine Erklärungen gegen die ungarischen Revolutionsforderungen haben in Ungarn stürmische Erregung hervorgerufen. Im ganzen Lande wurden Protestversammlungen abgehalten, in denen eine Protesterklärung des Ministerpräsidenten Gömbös gegen diese Neußerungen als die Meinung des ganzen Volkes unterzeichnet wurden. Besondere Erregung hat es hervorgerufen, daß Barthou dem König Carol von Rumänien damit gedroht hatte, falls Rumänien die Militärdiktatur ergreifen wolle, werde Frankreich die ungarischen Revolutionswünsche unterstützen. Man findet es bezeichnend, daß Barthou auf der einen Seite behauptet, Rumänien habe nur das behalten, was ihm zuzustand, aber auf der anderen Seite dieses Land durch die Drohung gefährigen machen will, daß das an Ungarn geschehene Unrecht wieder gut gemacht werden solle.

Bei der Rückreise Barthous durch Ungarn hatte die Polizei umfangreiche Maßnahmen getroffen,

um jede Kundgebung zu verhindern. Der verschlossene Wagen des französischen Außenministers wurde auf dem Bahnhof Döbör von Polizei dicht umstellt, der Bahnhof selber und die Zufahrtstraßen waren im großen Umfange abgesperrt.

Ueber die Neußerungen Barthous in Bukarest haben übrigens auch englische Unterhausmitglieder ihr Bedauern ausgesprochen und erklärt, daß eine Revision der ungarischen Grenzen erforderlich sei. Trotz dieser teilweise also nicht allzu freundlichen Stimmung plant Barthou, nachdem ihm die französische Presse zu den Erfolgen seiner Balkanreise und zur Wiederherstellung und Festigung der Bündnisse zwischen Frankreich und den Staaten der Kleinen Entente lebhaft beglückwünscht hat, am 8. Juli nach London zu fahren, um die gemeinsamen englisch-französischen Fragen zu erörtern.

Wahrscheinlich wird man in Paris in Verbindung austauschen, daß auch diese Unterredung der

Abwehr des für den 15. Juli geplanten großen deutschen Luftangriffes auf Paris gelten solle.

„Versailles ist kein Frieden“

Aufruf des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände zum 28. Juni

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 27. Juni. Der Arbeitsausschuss Deutscher Verbände veröffentlicht einen Aufruf zum 28. Juni 1934: Es heißt da:

„Heute vor 15 Jahren wurde das Versailler Diktat unterzeichnet. Schon damals konnte es bei keinem einsichtigen Menschen als ein Instrument zur Wiederherstellung eines wahren Friedens gelten. Die fünfzehn letzten vergangenen Jahre haben dem deutschen Volk die größten Opfer auferlegt, sie haben ebensowenig der Welt wahren Nutzen gebracht, es sei denn, man nennt Nutzen das starre Festhalten an Machtpositionen, die nur auf der Niederhaltung der europäischen Mitte beruht. Das Diktat wurde einem in ehrenvollem Kampf gegen die Uebermacht unterlegenen Volke auferlegt. Es fügte der Niederlage die äußere Demütigung zu. Um den Widerstand, den die Bestimmungen zu den berufenen Siegen des Rechts und der Gerechtigkeit darstellten, zu beseitigen, wurde die Lüge, daß Deutschland der Urheber des Weltkrieges sei, zur moralischen Grundlage des sogenannten Friedensvertrages gemacht. Gezwungen zur Unterzeichnung der Bestimmungen, die dem deutschen Volke die Ehre nehmen sollten, hat es diese den Tatsachen nicht entsprechende Anerkennung niemals anerkannt, und es tut dies heute weniger als je.“

Durch widersinnige Grenzziehungen, durch Wegnahme des überseeischen Kolonialbesitzes ist der Lebensraum des deutschen Volkes unerträglich verkleinert.

Zwar stehen fremde Heere nicht mehr auf deutschem Boden, wehrlos steht jedoch das gesamte deutsche Land da, solange die Gleichberechtigung nicht praktisch verwirklicht ist. Die Abrüstungskonferenz hat versagt. Für das deutsche Volk kommt daher der in Versailles festgesetzte Rüstungsstand nicht mehr in Betracht. Es fordert kein Recht auf das Mindestmaß nationaler Sicherheit. Es fordert keine Angriffswaffen, es will nur nicht länger wehrlos und darum ehrlos sein. Die künstliche Scheidung in Sieger und Besiegte muß aufhören.

Das in sich geeinte deutsche Volk weiß sich „her alle Grenzen hinweg mit allen Volksgenossen einig. Durch den Mund seines Führers hat die Welt erfahren, daß Deutschland den Frieden will. Es versteht unter Frieden nur einen Frieden der Ehre und Gleichberechtigung. Der Versailler Zustand ist kein Frieden.“

Die Morgenpost funkt

In Mannheim entfiel auf dem im Industriehof gelegenen Fabrikgelände des Vereins Deutscher Delfabriken im Extraktionsbau ein Großfeuer, das die Einrichtung des Baues nahezu völlig vernichtete.

Der Präsident der American-Federation-of-Labour, William Green, erklärte dieser Tage, daß trotz der erreichten Erfolge die Not der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten drückender sei als im Vorjahre. Die Zahl der Erwerbslosen habe am 1. Juni noch 10 267 000 betragen.

Die Generalkonferenzen von Algier und Tunis sind in Frankreich eingetroffen. Die kommunistische „Humanité“ behauptet, daß sie mit der französischen Regierung über die starke revolutionäre Strömung in der Eingeborenenbevölkerung Jühlung nehmen werden.

Vier Jüglinge des Kleinen Seminars von Bastogne (Belgien) sind an der luxemburgischen Grenze beim Ertrinken.

Frau Karoline Björnson, die Witwe des 1910 verstorbenen Dichters Björnson ist im Alter von 99 Jahren auf dem Landbesitz der Familie Aulestad bei Lillehammer gestorben.

„Morgenpost“ erklärt, daß das Britische Kabinett endgültig beschloßen habe, eine Politik der Aufrüstung zu betreiben. Das Luftfahrtministerium bereite einen Plan vor, der die britische Luftstreitmacht auf die Stärke der größten Luftstreitmacht innerhalb der „Schlagweite“ Großbritanniens bringe.

In der württembergischen Gemeinde Ruchen sind zwei im November des vorigen Jahres nach Brasilien ausgewanderte Familien wieder in die Heimat zurückgekehrt, da die Erwerbsmöglichkeiten in Brasilien bei weitem nicht so günstig liegen, wie allgemein geschildert werde. Auch verloten die Einwanderer beim Einwecheln sehr viel Geld.

Die Wiener Polizei ist einer groß angelegten internationalen Fälscheraffäre auf die Spur gekommen. Durch einen Zufall wurde festgestellt, daß in den letzten Tagen Schuldscheine der internationalen österreichischen Bundesanleihe von 1930 in Umlauf gesetzt worden sind. Die Polizei hat bisher eine Person verhaftet.

Vor dem Gebäude des Katholischen Bauernbundes in Mureck (Steiermark) wurde am Montag ein Sprengkörper zur Explosion gebracht. Durch die Explosion wurden zahlreiche Fenster zertrümmert, die Büroeinrichtungen beschädigt und der Amtsdienner des Bauernbundes lebensgefährlich verletzt.

Eine Pariser Zeitschrift, der anscheinend die Sibelle der letzten Tage schlecht bekommen ist, hat nämlich berichtet, daß ganz bestimmt am 15. Juli (und an keinem anderen Tage!) ein großer deutscher Luftangriff auf Paris (!) stattfinden solle, und daß der Besuch von General Weingand in London bereits der Beratung über die notwendigen Abwehrmaßnahmen gelte. Die Behauptungen über diesen Luftangriff sind mit ebenso großer Sicherheit aufgestellt worden, wie sie unrichtig sind, und man kann sich in Deutschland nur darüber wundern, daß in Frankreich eine derartige Verheerung und Beunruhigung des eigenen und anderer Völker straflos getrieben werden darf.

Verantwortl. Redakteur: Ignatz Malarsz, Biala b. Bielsko
Herausgeber und Verleger: „Prasa“, Spółka wydawnicza z ogr. odp., Katowice.

Druck: Verlagsanstalt Kirsch & Müller GmbH, Beuthen OS.

Unterhaltungsbeilage

Franz Ferdinands Todesfahrt

Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand ahnte nichts von den dunklen Plänen, die in Bosniens und Serbiens Hauptstadt zu seinem Verderben gesponnen wurden. Nicht im geringsten dachte er daran, daß ein slawischer Bürger der habsburgischen Monarchie gegen ihn, den kommenden Herrscher dieses Staates, die Mordwaffe erheben könnte. Hielt er sich doch sogar für einen Freund der österreichischen Südslawen. Und das nicht ganz mit Unrecht.

Franz Ferdinand hielt große Pläne in Bereitschaft für den Zeitpunkt, da er nach dem Ableben des greisen Franz Joseph den Thron bestiegen sollte. Die Bedeutung dieser Pläne wurde dadurch nicht gemindert, daß sie nicht seinem eigenem Kopfe entsprangen — fast alle Beurteiler des Erzherzogs stimmen in der Einschätzung seiner geistigen Gaben überein —, sondern ihm von gewissen Ratgebern eingebläht wurden. Als geschworener Feind der Ungarn wollte Franz Ferdinand vor allem dem Dualismus ein Ende machen, d. h. jenem staatsrechtlichen Zustand, der Ungarn innerhalb der Monarchie theoretisch die gleichen Rechte verlieh wie Österreich. Kroatien sollte aus dem ungarischen Staatsverbande losgelöst werden und innerhalb der Gesamtmonarchie die Autonomie erhalten, vielleicht auch durch Eingliederung Slavoniens, Dalmatiens und Bosniens vergrößert werden. Es war das der sogenannte großkroatische Gedanke, der auf die Schaffung eines Triasimus hinauslief, indem als gleichberechtigte Glieder erstens Österreich, zweitens das verkleinerte Ungarn und drittens das vergrößerte Kroatien unter dem Szepter Habsburgs vereinigt werden sollten. Diese Lösung der südslawischen Frage hätte natürlich das Ende aller von Belgrad ausgehenden Bestrebungen zur Vereinigung sämtlicher Südslawen unter serbischer Hegemonie bedeutet. Sie hätte einen Gegensatz zwischen den Südslawen der Donaumonarchie und denen des Balkans geschaffen und die ersteren fest an das Schicksal Österreichs gekettet. Eben deshalb war der großkroatische Gedanke die stärkste Gefahr für die von Belgrad ausgehenden großserbischen Bestrebungen und für das von der südslawischen revolutionären Jugend erstrebte jugoslawische Ideal. Und eben deshalb mußte Franz Ferdinand als sichtbarster Vertreter der großkroatischen Idee zu Fall gebracht werden.

Der Einzug Franz Ferdinands in Serajewo sollte am 28. Juni erfolgen. Dieser Termin war zweifellos sehr unglücklich gewählt.

Denn es war der „Widow Dan“, der St. Veits-tag, an dem im Jahre 1889 die Serben auf dem Ankerfeld in der Schlacht gegen die Türken eine furchtbare Niederlage erlitten hatten, deren Anker bis heute in Sägen und Volksgeängen fortlebt. Auch in Wien mußte man wissen, daß es bei der serbischen Bevölkerung Bosniens viel böses Blut erregen würde, wenn an diesem nationalen Trauertage ein österreichischer Würdenträger in der bosnischen Hauptstadt gleichsam — wenn auch ungewollt — einen Triumphzug abhielt. Aber Rücksichtnahme auf die Volksmentalität war niemals eine starke Seite des k. u. k. Regiments gewesen. Und so fierte denn auch dieses Mal der Prestigestandpunkt über alle anderen Erwägungen.

Serajewo befand sich in jenen Tagen in einer merkwürdigen Unruhe. Jeder fühlte, daß etwas in der Luft liege, die Erwartung irgendeines großen Ereignisses schwebte über der Stadt. Die zahlreichen Geheimpolitisten und Agenten der österreichischen Regierung empfanden die Spannung der Atmosphäre sehr wohl, sie hörten Gerüchte, sie sahen verdächtige Gestalten, aber sie vermochten gleichwohl keine positive Spur irgendeines Komplottes zu entdecken. Die Attentäter gingen in den Straßen umher. Am Nachmittage des 27. erschien Princip auf dem Friedhofe mit einem großen Kranze, den er am Grabe des unglückseligen Karajitsch niederlegte.

Am Abend des gleichen Tages, dem Vorabend des Attentats, waren alle Verschworenen im Hinterzimmer einer kleinen Schenke versammelt. Die letzten Einzelheiten des Planes wurden besprochen, die Rollen verteilt. Die drei Attentäter sollten an drei verschiedenen Stellen des Weges stehen, den der Erzherzog bei seinem Einzuge vermutlich wählen würde. Jeder sollte für sich handeln. Bei den ersten Häusern der Stadt sollte Cabrinowitsch stehen und seine Bombe schleudern. Falls er sein Ziel nicht erreichte, sollte in der Nähe des Rathauses Princip es mit dem Revolver versuchen. An einer dritten Stelle hatte Grabe zu warten und zu handeln, falls den beiden übrigen der Erfolg verweigert blieb. Wenn aber alle drei Anschläge mißglückten, so war geplant, durch andere Mitherschworene das Opfer beim Verlassen der Stadt zu stellen. Franz Ferdinand durfte um keinen Preis lebend Bosnien verlassen — das war der einmütige, in dieser ersten Stunde noch einmal bekräftigte Wille aller Anwesenden.

Am übrigen war die Stimmung der Verschworenen bei dieser Zusammenkunft keineswegs

übermäßig feierlich oder erregt. Man trank, man sang, man lachte — erst spät in der Nacht bremste man sich. Nur Gavrilo Princip, der schon die Mordwaffe bei sich trug, schien düster und gedrückt. Fast schluchzend küßte er zum Abschied, schon in der menschenleeren Straße stehend, seinen Freund Baragitsch auf beide Wangen. Als sein Schatten in der Dunkelheit verschwunden war, meinte Baragitsch nachdenklich: „Alles kommt mir wie ein Traum vor; ich glaube das alles nicht.“ Aber der Traum sollte am nächsten Tage furchtbare Wirklichkeit werden.

Franz Ferdinand war mit seiner Gattin, einer tschechischen Gräfin Chotek, die ihm zu linker Hand angetraut war, vor den Toren der bosnischen Hauptstadt in Ilidza-Bad abgestiegen. Seine Reise ins Mandbergelände war von vornherein ungünstig verlaufen; ein unerklärliches Verhängnis schien über ihr zu schweben. Bei der Abfahrt aus Wien hatte die elektrische Beleuchtung des Sonderwagens versagt, und man hatte sich mit Kerzen begnügen müssen. Als der Erzherzog, flankiert von brennenden Lichtern, am Tisch des Salonwagens saß, äußerte er zu seiner Umgebung, er habe die Empfindung, in einem Grabgewölbe zu sein. So fuhr er dem Unheil entgegen.

Am gleichen Abend, da in der verräucherten Schenkstube zu Serajewo die Mörder beieinander saßen und die Rollen unter sich verteilten, äußerte Franz Ferdinand in Ilidza-Bad den Wunsch, unverzüglich nach Wien zurückzureisen, da ja die Manöver eigentlich beendet seien. Das militärische Gefolge überredete ihn jedoch, den folgenden Tag programmäßig in Serajewo zu verbringen, weil eine so plötzliche Abreise als eine Beleidigung des dort residierenden Landeshefes Generals Potiorek aufgefaßt werden könnte. Nur widerwillig gab Franz Ferdinand nach — wäre er bei seinem Wunsche geblieben, so hätte die Weltgeschichte einen anderen Verlauf genommen.

Am nächsten Vormittag, Sonntag, dem 28. Juni 1914, fuhr das Erzherzogspaar im Auto nach Serajewo. Fünf Minuten vor halb elf war es, als am Ufer des kleinen Flüsschens Miljacka, vor den ersten Häusern der Appellai genannten Straße, Nedeljko, Cabrinowitsch seine Bombe gegen den Kraftwagen schleuderte. Er hatte seinen Wurf gut gezielt — aber doch nicht gut genug. Die Bombe fiel auf das umgeschlagene Wagendach zu Häupten der Insassen. Die Kapsel, die sich vorzeitig entzündete, streifte die Erzherzogin am Hals und hinterließ eine kleine blutende Schramme, die Bombe selbst aber kollerte vom Wagendach herunter und fiel

auf die linke Straßenseite, wo sie seitwärts der Hinterräder des nachfolgenden zweiten Automobils explodierte. Dieser Wagen, in dem sich das Gefolge befand, wurde sehr stark beschädigt, von den Insassen erlitt Oberstleutnant von Merizii eine stark blutende Verletzung am Hinterkopf, Graf Woos leichtere Verwundungen am Rumpf. Die Wagen hielten an. Der Attentäter wurde von den Polizisten ergriffen, die Verletzten schaffte man ins Garnisonshospital. Unter großer Verwirrung setzte sich der Wagenzug nach dem Rathaus weiter in Bewegung.

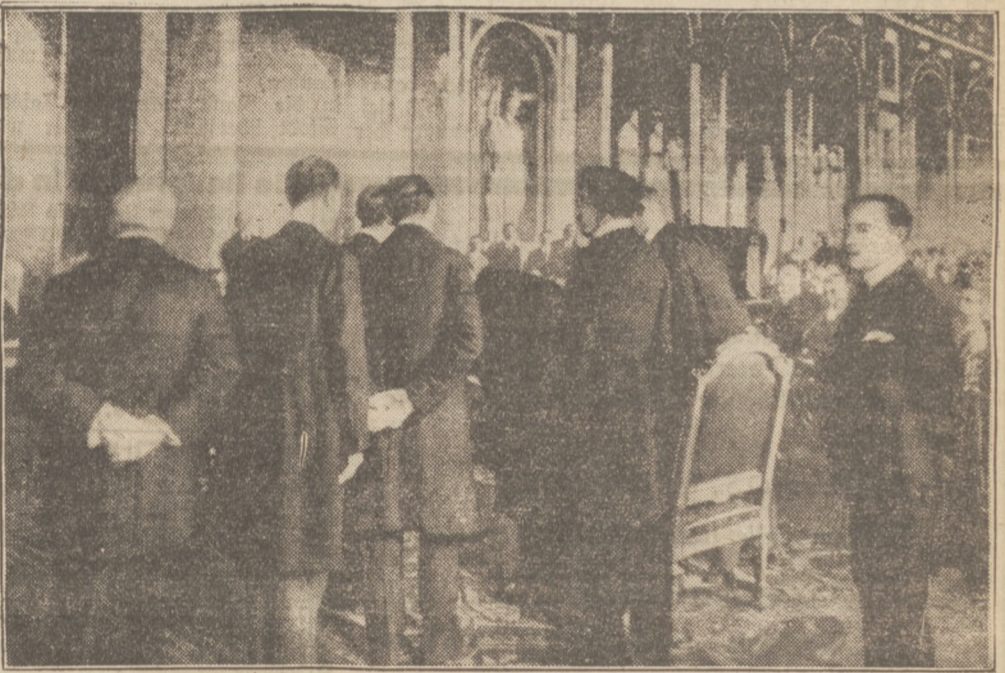
Dort angekommen, legte Franz Ferdinand starke Erregung, sein Gefolge völlige Ratlosigkeit an den Tag. Jemand schlug vor, die Rundfahrt nicht fortzusetzen, um auf diese Weise die Stadt wegen des Attentats zu „strafen“. Hätte man diesen Vorschlag befolgt, so wäre das für die Stadt zwar keine Strafe, wohl aber für den Erzherzog die Rettung gewesen. Leherer bestand aber darauf, zunächst den schwerverwundeten Oberstleutnant von Merizii, im Garnisonshospital zu besuchen. Man einigte sich dahin, in Automobilen dorthin zu fahren und den Weg unter Vermeidung der inneren Stadt direkt über den Appellai zu nehmen. Dem General Potiorek wurde nahegelegt, alle umliegenden Straßen vorher vom Publikum räumen und militärisch besetzen zu lassen. Dieser Vorschlag, dessen Durchführung gleichfalls dem Erzherzog das Leben gerettet hätte, wurde abgelehnt mit der echt altösterreichischen Begründung, die Truppen befänden sich noch in der Manöveruniform, und es würde gegen die Etikette verstoßen, wenn sie in dieser selbstmännigen Ausrüstung in den Straßen der Stadt vor Seiner k. u. k. Hoheit Spalier stehen würden.

So bestieg man dann wieder die Automobile und setzte den Unglücksweg fort. Und wiederum ereignete sich ein Vorfall, bei dem höhere unheilvolle Mächte die Hand im Spiele zu haben schienen. Anstatt nämlich, wie verabredet, über den Appellai zu fahren, lenkte das erste Auto, in dem der Bürgermeister der Stadt saß, irrtümlich in die Franz-Joseph-Straße ein. Zufall oder Vorsehung? Das zweite Auto, in welchem sich das Erzherzogspaar, General Potiorek und Graf Harrach befanden, folgte dem ersten. Kaum war man um die Ecke gebogen, als General Potiorek aufstand und, von einer bösen Ahnung erfasst, laut ausrief: „Was ist denn das, wir fahren ja falsch! Wir sollen über den Appellai.“ Der Chauffeur, durch diesen Anruf verwirrt gemacht, begann zu bremsen; der bis dahin ziemlich schnell fahrende Wagen verlangsamte sein Tempo — und zwar genau an der Stelle, an der auf der rechten Seite der Straße Gavrilo Princip Auffstellung genommen hatte. Der junge Attentäter, der kramphast die Hand in der Tasche am Schaft der Pistole gehalten hatte und sie jetzt herausstieß, war, wie er später ausjagte, erschrocken darüber,



Hier liegen die Opfer des Attentats in Serajewo

Die Gruft des Schlosses Arstjatten in Niederösterreich mit den Särgen des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, der Herzogin Sophie von Hohenberg.



Hier wurde das Elend der Welt vertragsmäßig besiegelt

Die deutschen Vertreter unterzeichnen das Schanddokument von Versailles. Am 28. Juni setzten Hermann Müller und Dr. Vell ihre Unterschriften unter das Diktat der Feindbundmächte, wodurch nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt in Not und Elend gestürzt wurde.

Seit Jahren schon
 hat CLUB 3 1/3 die treuesten Stammraucher. Auch diejenigen, welche gelegentlich andere Marken probieren, kehren immer wieder zu CLUB zurück, denn CLUB hält jeden Vergleich aus. In jeder Packung 2 neue, hochinteressante Bilder: »Adel der Arbeit« — »Rekord im Sport«



Ehrung der gefallenen Selbstschützkämpfer

Zum ehrenden Gedenken der gefallenen Selbstschützkämpfer findet am Freitag, dem 29. Juni, eine Kranzniederlegung an dem Selbentmal auf dem Gleitwitzer Friedhof...

Rückkehr der Ferientkinder aus Württemberg

Am Mittwoch kehrten die ferientkinder vom Amt für Volkswohlfahrt Gleitwitz zur Erholung nach Württemberg geschickten Kinder zurück.

- * Meisterprüfung. Im Stadthause fand unter dem Vorsitz von Stadtrat Josef Brauner eine Meisterprüfung im Maler- und Schuhmacherhandwerk statt...
* Monatsappell der Pioniere. Der Verein ehemaliger Pioniere und Verkehrsgruppen hielt seinen Monatsappell ab.

Sundesperre im Stadt- und Landkreis

Durch hiesigenpolizeiliche Anordnung des Regierungspräsidenten in Oppeln ist nunmehr die Sundesperre angeordnet worden...

Im Stadtkreis Gleitwitz sind die Bestimmungen am 23. 6. in Kraft getreten. Die voraussichtliche Dauer der Sperre beträgt drei Monate.

a. D. Dinter, der verschiedene Verfügungen, insbesondere Erläuterungen über die Umgruppierung in die SA-Mef. II bekanntgab...

* Sommerferien der Stadtbücherei. Die Stadtbücherei Gleitwitz bleibt vom 2. bis 31. Juli für den gesamten Leserverkehr geschlossen.

* Ausflüge am Peter-Paul-Tag. Die von der Verkehrsbehörde Oberschlesien AG. eingeführten verbilligten Ausflüge sind...

* Am Freitag letzter Vortrag der Reichsluftschutzausstellung. Der Experimentavortrag im Rahmen der Reichsluftschutzausstellung...

* Schulungsabende der NS. Gemeinschaft 'Kraft durch Freude'. Im Monat Juli finden von der NS. Gemeinschaft 'Kraft durch Freude'...

* Schulungsabende der NS. Gemeinschaft 'Kraft durch Freude'. Im Monat Juli finden von der NS. Gemeinschaft 'Kraft durch Freude'...

Gleitwitz, 27. Juni

Die Frauengruppe des VDA Gleitwitz rief ihre Mitglieder zusammen, um ihnen einen Stimmungsbericht über die Pfingsttagung in Mainz/Trier zu geben...

Die Führerin der Gleitwitzer Frauengruppe des VDA, Frau Maria Lomad, die an der Pfingsttagung in Mainz/Trier teilgenommen hatte...

Dr. Ruhe, der Fahrerleiter der Pfingsttagung für Oberschlesien, schilderte die überwältigenden Eindrücke der Jugend bei dieser Gemeinschaftsfahrt...

Das die ober-schlesische Jugend sich ganz ausgezeichnet bewährt habe und bei dem über vierstündigen Umzug immer wieder mit Heilrufen von der unübersehbaren Menschenmenge begrüßt wurde.

Vorbildlich war der Gemeinschaftsgeist der Jungen und Mädchen, die mit gutem Humor auch die unvermeidbaren unangenehmen Dinge mit in den Kauf nahmen...

Wie wird das Wetter?

In Schlesien sind in der Nacht zum Mittwoch verbrietete und z. T. ungewöhnlich ergiebige Niederschläge gefallen...

Vorsicht nach dem Genuß von Obst!

Die achtjährige Tochter des Bauern Frieze krank nach dem Genuß von größeren Mengen Obst Buttermilch. Das Kind erkrankte unter großen Leidschmerzen...

Advertisement for NIVEA cream. Includes text: 'Mit NIVEA in Luft und Sonne!', 'NIVEA-CREME 15 Pf.-RM1.00', 'OL 40 Pf.-RM4.20' and an image of a woman's face.

TAT UND SCHULD Kriminal-Roman von Fritz von Ostini

Sie las: 'Repetierstutzen, System Mauser, mit Zielfernrohr, so gut wie neu, wegen Krankheit billig zu verkaufen. Dazu die Adresse. Für mich war es jetzt klar, daß der Herrmann aus irgendeinem Grund das Gewehr aus der Stadt hergebracht hat...'

einmal ährent und unvorsichtig. Nun weiß ich ja schon durch Sie, Herr Geheimrat, daß ein paar geschriebene Buchstaben einen leicht verraten können. Und gar solche - das ist eine Schrift, die nicht jeder haben kann - lesen Sie nur!

gang habe vergessen gehabt, - wie man halt auch Sachen und Zeiten vergißt, wegen deren man sich schämt. Wie ich Ihnen, glaube ich, schon erzählt habe, hab' ich nichts von meinen Sachen mitgenommen...

Hier draußen hab' ich an den Kram, der bei der Centa lag, nicht mehr gedacht. Das neue Leben und die große stille Lieb' zum Herrmann haben dafür gesorgt, daß es wie ein dicker grauer Vorhang gelegen ist zwischen heut und gestern.

Liebe Gitti! Heute Abend dürfen Sie im Edenkasino nicht fehlen. Wir werden, denke ich, einen besonderen Spaß haben. Machen Sie sich recht fein! Ihr Helms.

Die Untersuchungen im Mordfall Bieracki

Warschau, 27. Juni.

Wie die halbamtliche „Gazeta Polska“ mitteilt, schreiten die polizeilichen Untersuchungen im Mordfall Bieracki weiter fort. Man glaubt mit großer Wahrscheinlichkeit, den Kreis gefunden zu haben, in dem der Anschlag gegen den Innenminister vorbereitet wurde. Besonders hervorgehoben wird die erfolgreiche Mitarbeit der deutschen Polizei.

Von kochendem Wasser

tödlich verbrüht

Scharley, 27. Juni

Das dreijährige Söhnchen des Landwirts Josef Plener in Scharley versuchte, in einen auf dem Ofen stehenden Topf hineinzugucken, der mit kochendem Wasser angefüllt war. Der Topf rutschte herunter, und das kochende Wasser ergoß sich über den Knaben. Am nächsten Tage starb das Kind unter unsäglichen Schmerzen. a.

Ein Lederstückchen unter der Waage

Scharley, 27. Juni.

Bei einer Wochenmarktkontrolle in Scharley-Bielar wurde bei der Handelsfrau W. eine Waage beschlagnahmt, die auf der Gewichtseite, also zugunsten der Verkäuferin, mit einem Lederstückchen beschwert war. Die betrügerische Händlerin gab zunächst einen falschen Namen an. In die Enge getrieben, versuchte sie es mit Bestechung. Sieben Kilogramm Erdbeeren sollten alles wieder ins Gleiche bringen. Die sonderbare Handelsfrau wurde festgesetzt, nach Feststellung ihrer genauen Personalien jedoch wieder freigelassen. —s

Kattowitz

Protest gegen den wilden Häuflerhandel

Die Wojwodtschaft Schlesien ist mit einer Unmenge von Häuflerern überflutet, die nicht nur die in der Handelsordnung zugelassenen Marktartikel, sondern alles mögliche handeln. Man kann Stoffe, Teppiche, Stühle, Schuhe, Anzüge, Obst, Butter und Eier, Möbelstücke vom fliegenden Händler kaufen. Die Händler sind meist zugewanderte oder zugewanderte aus den östlichen Provinzen und Gegenden und in ihrer Geschäftsbearbeitung geradezu sehr behabar. Es ist kein Wunder, wenn die einheimische Geschäftswelt und Kaufmannschaft in diesem wilden Handel eine Gefahr für den normalen Handel sieht und sich schwer beschwert. Da seitens der Wojwodtschaft bereits eine Beschränkung in der Ausgabe der Häuflerischeine stattgefunden hat, ist nur anzunehmen, daß es sich um Häufler handelt, die weder eine Genehmigung zum Handeln besitzen, noch die vorgeschriebenen Richtlinien einhalten. Seitens der Kaufmannschaft wurde in der Kattowitzer Handelskammer zu dieser Geschäftsfrage Stellung genommen und die Wojwodtschaft gebeten, doch die Polizeiorgane anzuweisen, eine strenge Kontrolle der Häufler durchzuführen. Ebenso sollen die zugelassenen Häufler streng dazu angehalten werden, nur die zugelassenen Marktartikel zu führen und ihren Arbeitskreis, der in einem Umkreis von fünfzehn Kilometern vom Wohnort des Häuflers liegt, einzuhalten. —o.

Einmalige Unterstützung für Invaliden ohne Rentenansprüche

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat beschlossen, den Wojwodschaftsämtern 100 000 Zloty zu überweisen. Die Summe soll als einmalige Unterstützung für Kriegsgeschädigte mit mehr als 25 Prozent Erwerbsbeschränkung zur Verteilung gebracht werden. Diese Invaliden sind durch das Gesetz vom 17. März 1934 ganz von der ständigen Rente ausgeschlossen worden. In erster Linie sollen Familienväter berücksichtigt werden, die kein gesichertes Einkommen haben. Die Unterstützung soll auch für Witwen von Kriegsgesessenen, Vermissten und Invaliden gelten, soweit die Notwendigkeit einer Unterstützung vorliegt. *

* **Neue Gebührensätze für die Untersuchung eingeführter Tiere.** Im Amtsblatt des schlesischen Wojwodschaftsamt werden die neuen Gebührensätze für die Untersuchung aus dem Ausland eingeführter Tiere veröffentlicht. Demnach werden für die ärztlichen Untersuchungen bei gleichzeitiger Ausstellung des Gesundheitsattestes erhoben: pro Stück Hornvieh im Alter über sechs Monate 50 Groschen, pro Schwein, Kalb, Schaf, Fiege, Ferkel, Lamm usw. 25 Groschen, ferner für einen Wagon Geflügel 10 Zloty und für kleinere Geflügelstuden 5 Zloty.

* **Kontrolle der Personalausgaben bei Aktiengesellschaften.** Auf Grund der neuen Verordnung des Handelsministers über die Bilanzkontrolle bei juristischen Personen wird auch eine Kontrolle der Personalausgaben bei Aktiengesellschaften, Gesellschaften mbH, Kartellvereinigungen und ähnlichen Organisationen stattfinden. Diese Unternehmungen werden verpflichtet sein, alle Verwaltungskosten, Personalausgaben und Entlohnungen für Mit-

Die letzte Stadtverordnetenversammlung in Königshütte

(Eigener Bericht)

Königshütte, 27. Juni. Das Königshütter Stadtverordnetenkollegium, das infolge der Eingemeindung von Chorzow und Reuheiduk mit dem 1. Juli durch Erlass der Wojwodtschaft als aufgelöst gilt, hielt am Mittwoch seine letzte Sitzung ab.

Dieser Anlaß gab dem Leiter der Stadt Königshütte, Ersten Bürgermeister Spaltenstein, sowie dem Stadtverordnetenvorsteher, Verlagsdirektor Strozny, Gelegenheit, noch einmal in großen Umfassen die zum Besten der Stadt und ihrer Einwohner in der letzten Amtsperiode des Stadtverordnetenkollegiums geleistete Arbeit festzuhalten. Der Erste Bürgermeister wie auch der Stadtverordnetenvorsteher fanden Worte der Anerkennung aber auch des Dankes für die erspriechliche Zusammenarbeit, die Magistrat und Stadtverordnetenkollegium immer gezeigt haben. Mit dem 1. Juli d. J. verschwindet der weit und breit bekannte Name Königshütte, um dem Namen Chorzow Platz zu machen. 65 Jahre hat die Stadt Königshütte ihren Namen in Ehren getragen. Am 1. Mai 1869 wurde die Gemeinde Königshütte zur Stadt erhoben. Damals zählte sie 14 000 Einwohner, und sie wuchs in wenigen Jahren im sogenannten amerikanischen Tempo bis zum heutigen Tage auf 81 500 Einwohner.

Nach Eröffnung der Sitzung widmete der Stadtverordnetenvorsteher dem ermordeten Innenminister Bieracki einen herzlichen Nachruf. In reibungsloser Abwicklung wurden dann die einzelnen Punkte der Tagesordnung im Sinne des Magistrats zur Annahme gebracht. Die Bau- und Grund- und Gebäudesteuer für das Haushaltsjahr 1934/35 wurde auf der Stufe von fünf pro Mille weiter belassen. Ebenso verhielt es sich mit dem Krisenzuschlag, der von der Grund-, Grund- und Gebäudesteuer berechnet wird. Vor der Beschlussfassung hatten sich die einzelnen Vertreter der Hausbesitzer, der Stadtverordneten Baier, Dinter, Warichawski (Deutsche Wahlgemeinschaft) usw. sehr stark dafür eingesetzt, daß auf zahlungsunfähige Hausbesitzer, die arbeitslose Mieter haben, Rücksicht genommen wird. Im weiteren Verlauf wurde der Straßenregulierung zwischen der Hedwig- und Barbarastrasse zugestimmt. Dagegen ging man über den Antrag, eine städtische Apotheke einzurichten, die die arme Bevölkerung bzw. die Arbeitslosen mit billigen Medikamenten beliefern sollte, zur Tagesordnung über. Einer weiteren Anregung auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, die durch die Wojwodtschaft gezahlt wird, und Klagen über Lieferung von Brot durch die Mannabäckerei, soll dadurch Rechnung getragen werden, daß eine besondere Kommission sich mit diesem Material befaßt. —ja.

Der Mord von Hohenlohehütte vor Gericht

Die Geliebte erstochen und in den Notschacht geworfen

(Eigener Bericht)

Kattowitz, 27. Juni.

Vor dem Landgericht in Kattowitz fand heute eine abscheuliche Bluttat ihre gerechte Sühne. Der 23jährige Rudolf Hartmann aus Hohenlohehütte wurde beschuldigt, seine frühere Geliebte, die 22jährige Rosalie Smekalla aus Hohenlohehütte, auf gräßliche Weise ermordet zu haben. Zwischen dem Angeklagten und der Smekalla hat seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis bestanden, das nicht ohne Folgen geblieben war. Es kam zwischen beiden des öfteren zu schweren Auseinandersetzungen, da Hartmann seine Geliebte los werden wollte. Schließlich ist, nach der Anklage, in Hartmann der unüberwindliche Plan gereift, die Smekalla aus dem Leben zu schaffen. Am 1. 7. 33 holte er seine Geliebte abends ab und machte mit ihr einen Spaziergang durch die Wälder bei Hohenlohehütte. Plötzlich zog Hartmann ein Bajonett, das er kurz vorher von zu Hause geholt hatte, und steckte es auf seine Geliebte mehrere Male ein. Mit dem Ruf: „Rudolf, was machst Du mit mir!“ brach sie blutüberströmt zusammen.

Hartmann schleppte danach sein Opfer zu einem in der Nähe liegenden Notschacht und warf sie in den 15 Meter tiefen Schacht hinein.

Einige Stunden später führte es den Täter wieder an seinen Tatort zurück, wo er den Notschacht

zuschüttete und die Blutspuren verwischte. Ohne ein Gefühl der Reue kehrte er zu seinen Angehörigen zurück.

Das Ausschleichen der Smekalla hatte man zu Hause wohl bemerkt, man machte sich jedoch keine Gedanken über ihren Verbleib, da man glaubte, sie sei — wie sie sich wiederholt geäußert hatte — außer Haus gegangen und habe eine Stellung gefunden. Erst Anfang März 1934 kam die ruchlose Tat ans Tageslicht. Mehrere Arbeitslose waren beim Kohlegraben auf die Leiche gestoßen. Auf Grund von Kleberbeilen gelang es, die Leiche als die Smekalla zu erkennen. Hartmann gestand wohl seine Tat, erklärte aber, daß er mit der Smekalla bereits seit einem Jahre keinen Verkehr gehabt hätte. Die Smekalla habe sich ihm dauernd aufgedrängt und ihn auch des öfteren bedroht, sie werde ihn mit Salzsäure begießen, falls er sie nicht heiraten würde. Schließlich sei es zu der unfeligen Tat gekommen, die er im Affekt begangen haben wollte. Dies wurde jedoch von den ärztlichen Gutachtern verneint. Der Staatsanwalt erklärte, daß es sich um einen vorläufigen Mord handele, und beantragte die Todesstrafe. Der Verteidiger bat um ein mildes Urteil.

Das Gericht verurteilte Hartmann zu 12 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Gegen das Urteil legte der Verteidiger Berufung ein. —a.

sammlung der Wahlkommission der Handwerkskammer unter Vorsitz des Hauptwahlkommissars und Leiters der Schlesischen Handelskammer, Kuzwa, erfolgte die Aufstellung der zwölf Kandidaten für Ratsitze in der Schlesischen Handelskammer, die seitens des Wojwodschaftsamt erst bestätigt werden müssen. Für den 1. Wahlkreis, der Ostoberschlesien umfaßt, wurden für die einzelnen Handwerksstände genannt: Karl Wierzchacz (Fleischer), Michael Wagner (Tischler), Moisa Kulpanek (Schmied), Theofil Pojba (Schlosser), Franz Zankowiat (Schneider), Paul Lotter (Schuhmacher), Artur Amiotel (Bäcker), Anton Kulczynski (Friseur), Anton Gziczek (Maurer und Zimmermann). Zu Ratsmitgliedern im 2. Wahlbezirk, Teschner Schlesien, wurden vorgeschlagen: Jan Kissa (Maler), Wladislaw Kasperik (Fleischer), Stefan Kozakowiski (Konditor).

Die deutsche Volksschule in Dzierzki geschlossen

Mit dem Schluß des Schuljahres wurde die deutsche Volksschule in Dzierzki geschlossen. Die Schülerzahl war derart zurückgegangen, daß der Schulbetrieb sich nicht mehr finanzieren ließ. Die restlichen Schulkinder werden mit Beginn des neuen Schuljahres auf die einzelnen Stabschulen verteilt werden. In diesem Jahr hätte die Dzierzker deutsche Volksschule ihr dreißigjähriges Bestehen feiern können. —m.

Elf Volksbundmitglieder unter Anklage

Kattowitz, 27. Juni

Die Staatsanwaltschaft Kattowitz hat gegen 11 Mitglieder des Deutschen Volksbundes aus Myslowitz und Umgegend Anklage wegen Beleidigung des Polnischen Staates erhoben. Unter den Angeklagten befindet sich auch das Volksbundmitglied Franz Stachulla aus Myslowitz. Stachulla war in dem Volksbund-Jugendprozeß zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten verurteilt worden. Den elf Volksbundmitgliedern wird nun vorgeworfen, während eines Ausfluges im Mai d. J. polenfeindliche Lieber geäußert zu haben. Dieser Ausflug war schon einmal Gegenstand eines Prozesses. Stachulla war f. Z. angeklagt, diesen Ausflug ohne polizeiliche Genehmigung veranstaltet zu haben. Stachulla wurde jedoch damals freigesprochen.

Einheitsfront der deutschen Gewerkschaften

Bisher hatten die deutschen Berufsorganisationen in Ostoberschlesien für die einzelnen Berufsgruppen, wie Bergleute, Metallarbeiter, Zimmerleute, Maler usw. keine gemeinsame Front gebildet, und jeder Beruf suchte gefondert seine Interessen zu vertreten. Seit längerer Zeit wurde von allen Seiten versucht, innerhalb dieser freien Gewerkschaften einen Zusammenstoß zu erreichen, und besonders der Deutsche Metallarbeiterverband bemühte sich um das Zustandekommen der Einigung. Von ihm wurde auch bereits eine Sitzung für die Einheitsfront der deutschen Gewerkschaften Ostoberschlesiens ausgearbeitet, die am Sonntag eingehend beraten wurde. Die von allen Gewerkschaften eingesetzte Beratungskommission nahm schließlich einstimmig die Sitzung an. Damit dürfte der Zusammenstoß aller kleinen, deutschen Splittergewerkschaften zu der großen Berufsorganisation sichergestellt sein und in absehbarer Zeit vollkommen durchgeführt werden. —h.

Königshütte

* **Von einem Hunde angefallen.** In einem Garten der Städtischen Gasanstalt in Königshütte spielte die vierjährige Christine Paczynski von der Wolnosci 76, als sie plötzlich von dem Hunde des Wächters der Gasanstalt angefallen und mehrmals gebissen wurde. Die Verletzungen waren sehr arg, und das Kind mußte daher ins Krankenhaus eingeliefert werden. —h.

* **Ein falscher Kriminalbeamter.** Vergangene Nacht nahm ein Polizeibeamter auf der Wolnosci in Königshütte die Verhaftung zweier stark betrunkenen Personen vor. Bei ihrem Abtransport trat plötzlich ein Fremder, der ebenfalls unter alkoholischem Einfluß stand, an die Gruppe heran. Indem er sich als Kriminalbeamter ausgab, forderte er den Polizeibeamten auf, die beiden Festgenommenen freizugeben. Doch der Polizeibeamte ließ sich nicht verblüffen und forderte seinerseits von dem angeblichen Kriminalbeamten die Legitimation. Da aber verjagte der Fremde, und er mußte selbst zwangsläufig zur Wache, wo er sich als der Privatmann Stanislaus Paczynski auszuweisen hatte. —b.

* **Einbrecher vor Gericht.** Wegen wiederholten Einbruchs hatten sich vor der Strafammer in Königshütte Paul Zimmermann, Erich Seidel, Konrad Wiatrek, Robert Witt und Konrad Anabe zu verantworten, denen zur Last gelegt wurde, Einbrüche in ein Magazin und eine Wohnung verübt zu haben. Auf Grund der Beweisführung wurde ihre Schuld als erwiesen erachtet, und jeder der Angeklagten erhielt acht Monate Gefängnis. Mehrere in derselben Sache wegen Diebstehls angeklagte Personen wurden mit Geldstrafen von 50 Zloty verurteilt. — In einem anderen Falle wurde Theodor Nickel von der Fickelstraße wegen eines Einbruchs bei der Firma T.C. zur Verantwortung gezogen. Der Täter war seinerzeit rechtzeitig ermittelt worden, so daß ihm das Diebstahlsgewinn abgenommen werden konnte. Da der Angeklagte geständig war, wurde ihm neben einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe eine zweijährige Bewährungsfrist gewährt. —b.

Schwientochlowitz

Blitzschlag im Verladerraum

Während eines heftigen Gewitters schlug der Blitz in den Verladerraum des Sophie-Schachtes in Godullahütte ein und zündete. Nach zweifündiger Löscharbeit konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Den Flammen fielen mehrere Gebäudeteile zum Opfer. a.

* **Tödlicher Unfall.** Auf der Deutschlandgrube in Schwientochlowitz ereignete sich ein tödlicher Unfall. Der Fördermann Paul Grolli wurde von herabstürzenden Kohlenmassen verschüttet. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß er nur noch als Leiche geborgen werden konnte. a.

16 Millionen Zloty Geld- und Verzugsstrafen in Polen

Wie eine Warschauer Presseagentur meldet, wird in diesem Verwaltungsjahr ein Eingang an Fiskalstrafen und Verzugszinsen für verspätete Steuerzahlungen von insgesamt 16 1/2 Millionen Zloty erwartet.

Der Plan zur Steuerreform

Drei Hauptgesichtspunkte: Kampf der Arbeitslosigkeit, Förderung der Familie, persönliche Verantwortung — Senkung der Einkommensteuer, besonders für Kinderreiche — Bürgersteuer verschwindet — Hauszinssteuer-Abbau bis 1940 — Steuerfreier Erbanteil für Kinder
Erleichterte Umbildung und Auflösung von Kapitalgesellschaften

Persönlichkeit und persönliche Verantwortung

Nach der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung soll auch in der Wirtschaft die Persönlichkeit wieder mehr zur Geltung kommen. Die Inhaber eines gewerblichen Unternehmens — die an einem Unternehmen Beteiligten — sollen der Gesellschaft des Betriebs und der Öffentlichkeit möglichst bekannt sein, und es soll möglichst mindestens eine natürliche Person vorhanden sein, die uneingeschränkt — das heißt mit ihrem ganzen Vermögen, mit ihrer ganzen Person persönlich — als für das Unternehmen verantwortlich in Erscheinung tritt und für die Verbindlichkeiten des Unternehmens haftet. Dem Zug dieser neuen Auffassung folgend, erwägen die Beteiligten mancher Gesellschaft, die sich in anonymen Form befindet — mancher Kapitalgesellschaft — die Umbildung der Kapitalgesellschaft in eine offene Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft oder in das Unternehmen eines Einzelkaufmanns.

Die Reichsregierung will Kapitalgesellschaften zur Umbildung in Personengesellschaften und in Einzelunternehmen dadurch anregen, daß sie die Ueberleitung in die neue Unternehmensform handelsrechtlich und steuerrechtlich erleichtert. Im Reichsjustizministerium ist ein Entwurf angearbeitet worden, durch den handelsrechtlich die Grundlage für eine erleichterte Umbildung geschaffen wird. Die Umbildung soll, abweichend vom geltenden Handelsrecht, zulässig sein, ohne daß die Gesellschaft gezwungen ist, die Liquidation zu erklären.

Im Reichsfinanzministerium ist der Entwurf eines Gesetzes fertiggestellt, wonach durchgreifende Steuerbegünstigungen bei der Umbildung und bei der Auflösung von Kapitalgesellschaften gewährt werden. Die Steuererleichterungen sollen zunächst den Gesellschaften zugute kommen, die auf Grund der vom Reichsminister der Justiz vorgesehenen Vorschriften umzuwandeln. Sie sollen darüber hinaus auch auf diejenigen Fälle ausgedehnt werden, in denen sich Gesellschaften auflösen und ihr Vermögen im Weg der Liquidation auf die Gesellschafter oder den alleinigen Gesellschafter übertragen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß Erleichterungen bei allen Steuern gewährt werden, die für die Umbildung oder Auflösung von Kapitalgesellschaften in nennenswerter Weise ins Gesicht fallen können. Da sind auf dem Gebiet der Verkehrssteuern die Gesellschaftsteuer, die Grunderwerbsteuer, die Wertzuwachssteuer, die Gewerbesteuer, die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer. Auf die Erhebung aller dieser Steuern wird, soweit sie

bei der Umbildung oder Auflösung anfallen, möglichst ganz zu verzichten sein, und auf dem Gebiet der Besitzsteuern die Körperschaftsteuer, die Einkommensteuer und die Gewerbesteuer (für diese wird eine wesentliche Ermäßigung gewährt werden müssen).

Ich glaube, daß die vorgesehenen Erleichterungen genügen werden, um eine große Zahl von Kapitalgesellschaften anzuregen, sich in Personengesellschaften oder Einzelunternehmen umzuwandeln. Jede Umbildung trägt zur Vergrößerung der Klarheit der Beteiligungs- und Verantwortungsverhältnisse in der Wirtschaft bei.

Das Gesetz über Steuererleichterungen bei der Umbildung und Auflösung von Kapitalgesellschaften wird wahrscheinlich schon Anfang Juli erlassen werden.

Die Abneigung gegen Zwerg-Aktiengesellschaften und Zwerg-Gesellschaften mß sich auch dadurch gesteigert werden, daß im Entwurf des neuen Vermögenssteuergesetzes und im Entwurf des neuen Körperschaftsteuergesetzes Mindestbesteuerungen für Aktiengesellschaften und für Gesellschaften mß vorgesehen sind, und daß die eine oder andere Begünstigung, die für solche Zwerg-Kapitalgesellschaften bisher vorgesehen war, beseitigt wird.

Schachtelprivileg bei Kapitalgesellschaften

Was die Herbeiführung klarer Beteiligungsverhältnisse und Verantwortungsverhältnisse in der deutschen Wirtschaft anlangt, so wird im Rahmen der Steuerreform-Arbeiten auch zu prüfen sein, ob das sogenannte Schachtelprivileg beibehalten werden kann und wenn ja, ob im bisherigen Ausmaß oder eingeschränkt. Ist eine inländische Kapitalgesellschaft als Muttergesellschaft an dem Vermögen einer anderen inländischen Kapitalgesellschaft, die in dem Fall als Tochtergesellschaft gilt, zu mindestens einem Viertel beteiligt, so bleibt dem bisherigen Recht gemäß diese Beteiligung bei der Feststellung des Einheitswerts für das Betriebsvermögen der Muttergesellschaft und infolgedessen bei der Vermögensbesteuerung der Muttergesellschaft außer Anbath. Und der auf die Beteiligung an der Tochtergesellschaft entfallende Gewinn bleibt körperschaftsteuerfrei und gewerbesteuerfrei. Durch dieses bisherige Recht ist die Verschachtelung von Gesellschaften außerordentlich angeregt worden. Dieses Schachtelprivileg ist oft mißbraucht worden. Die tatsächliche wirtschaftliche und finanzielle Lage der Beteiligten wird durch das bisherige Recht in sehr bedenklicher Weise verschleiert.

Um zu klaren Beteiligungs- und Verantwortungsverhältnissen in der Wirtschaft zu kommen, muß angestrebt werden, das Schachtelprivileg allmählich zu beseitigen.

Das neue Einkommensteuergesetz

Der Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes unterscheidet sich von der bisherigen Einkommensteuer im wesentlichen in der Gestaltung des Tarifs, der Kinderermäßigung und der Bemerkungs- und Gewinnermittlungsvorschriften.

Der bisherige Tarif begann mit 10 vom Hundert und reichte bis 40 vom Hundert. Dazwischen lagen die Krisensteuer der Veranlagten und der Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen von mehr als achttausend Reichsmark. Dadurch erhöhte sich der Tarif von 10 bis 40 auf rund 10½ bis 46 vom Hundert. Die Gemeinden erheben außerdem eine Bürgersteuer. Diese ist nach der Höhe des Einkommens gestaffelt. Der Grundtarif beträgt 3 bis 2000 Reichsmark. Die Sätze des Grundtarifs dürfen beliebig vervielfacht werden. Durch die Bürgersteuer erhöht sich der Tarif auf rund 12 bis rund 50 vom Hundert.

Der neue Tarif soll mit nur 8 vom Hundert beginnen und bis 35 v. H. reichen mit der Maßgabe, daß die

Steuer in keinem Fall mehr als ein Drittel des Einkommens betragen darf.

Die Krisensteuer der Veranlagten, der Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen von mehr als achttausend Reichsmark und die gemeindliche Bürgersteuer werden aufgehoben. Die Sätze der Einkommensbesteuerung sollen nur 8 bis 35½ vom Hundert betragen. Die bisherige Ehestandshilfe wird abgelöst durch einen festen Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen.

In Anbetracht des Fortfalls der Bürgersteuer ist eine kleine Ermäßigung des steuerfreien Einkommensanteils vorgesehen. Außerdem soll der steuerfreie Einkommensanteil nicht mehr für Einkommen bis zu 10 000, sondern nur noch für solche bis zu 3600 Reichsmark gewährt werden. Diese Herabsetzung des steuerfreien Einkommensanteils und der Grenze für die Anhebung des steuerfreien Einkommensanteils wird je-

doch in den meisten Fällen mehr als ausgeglichen durch die Ermäßigung des Tarifs. Außerdem Erhöhung der Kinderermäßigung. Bei den meisten Verheirateten mit zwei Kindern und bei allen Verheirateten mit drei oder mehr Kindern wird die Einkommensbesteuerung (Einkommensteuer und Bürgersteuer) nach dem neuen Einkommensteuergesetz wesentlich niedriger sein als bisher, insbesondere dort, wo bisher eine hohe Bürgersteuer erhoben worden ist. Bis zu einer sehr ansehnlichen Einkommenshöhe sind die kinderreichen Einkommensteuerpflichtigen vollkommen einkommensteuerfrei.

Wir werden uns im Finanz- und Steuerrechtsausschuß der Akademie für Deutsches Recht mit der Frage der Belastungsverchiebung befassen müssen, die sich daraus ergeben kann, daß

die bisherige verschieden hohe Bürgersteuer abgelöst worden ist durch entsprechende Gestaltung des Tarifs der neuen Einkommensteuer. Wir werden dabei auch die Frage des Erlasses der Gemeinden aus dem Aufkommen an Einkommensteuer zu behandeln haben. Es wird für die Uebergangszeit wahrscheinlich nicht anders möglich sein, als den Gemeinden aus dem Aufkommen an Einkommensteuer den Betrag als Ersatz der Bürgersteuer zu überweisen, den sie während des Vorhandenseins der Bürgersteuer an Bürgersteueraufkommen erzielt haben. Die Belastungsverchiebung, die sich aus dieser Regelung ergeben kann und die in einer Entlastung der Bevölkerung in notleidenden Gemeinden bestehen würde, wird durchaus dem Gedanken wahrer Volksgemeinschaft entsprechen.

Das neue Körperschaftsteuergesetz

Der Entwurf des neuen Körperschaftsteuergesetzes schließt sich in den grundlegenden Fragen der Einkommensbesteuerung dem Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes an. Der Besteuerungssatz beträgt nach wie vor 20 v. H. Die sehr verwickelten und unständlichen Vorschriften über die Mindestbesteuerung werden abgelöst durch eine Bestimmung, wonach die Mindestbesteuerung sich nur auf Ausschüttungen insoweit erstreckt, als sie mehr als 4 v. H. des Stammkapitals oder Grundkapitals betragen.

Ueber die Einkommensbesteuerung und Vermögensbesteuerung der Genossenschaften und der öffentlichen Betriebe, über das

Schachtelprinzip und ähnliche Fragen wird noch zu beraten sein. Wesentliche Betriebe werden nur insoweit von der Körperschaftsteuer und von der Vermögenssteuer freigestellt sein, als der Zweck des Betriebs ein solcher ist, dessen Erfüllung im Interesse der Allgemeinheit in die öffentliche Hand gehört. Die steuerliche Freistellung wird sich also insbesondere auf solche Betriebe beschränken müssen, die der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität und dergl. dienen. Staat und Gemeinden sind nicht da, um Wirtschaft zu treiben, sondern um sich der Politik und der Verwaltung hinzugeben und die Voraussetzungen zu schaffen und zu pflegen, deren es bedarf, wenn die Wirtschaft sich entwickeln kann.

Das neue Vermögenssteuergesetz — neue Einheitsbewertung

Ein Freibetrag von 10 000 Reichsmark ist für jeden Familienangehörigen vorgesehen.

Für Aktiengesellschaften und Gesellschaften mß ist eine Mindestbesteuerung in der Weise vorgesehen, daß der Besteuerung ein Vermögen bestimmt der Mindesthöhe zugrunde gelegt wird.

Der Vermögenssteuersatz wird einheitlich auf 5 vom Tausend festgesetzt werden.

Von der Vermögensbesteuerung der Genossenschaften, der öffentlichen Betriebe und dem Schachtelprivileg gilt das gleiche wie bei der Körperschaftsteuer.

Der Hauptveranlagungszeitraum wird drei Kalenderjahre betragen. Die nächste Einheitsbewertung wird nach dem Stand vom 1. Januar 1935 vorgenommen werden. Eine Vornachbewertung wird nicht erfolgen. Im Februar 1935 wird zusammen mit der Einkommensteuererklärung eine Vermögenssteuererklärung abgegeben sein. Im Laufe des Jahres 1935 wird dann in aller Ruhe die Einheitsbewertung erfolgen. Diese wird die Besteuerungsgrundlage mit Wirkung ab 1. Januar 1936 sein.

Für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1934 wird die Vermögenssteuer noch auf der bisherigen Grundlage erhoben, das heißt, nach der auf den 1. Januar 1931 festgestellten Bewertung und mit dem Abschlag von 20 v. H. von der Vermögenssteuerpflicht.

Das sogenannte Vermögenszuwachssteuergesetz von 1922 wird aufgehoben. Die Erhebung der Vermögenszuwachssteuer ist regelmäßig ausgeföhrt gewesen.

Grunderwerbsteuer

Bei der Grunderwerbsteuer werden verschiedene Vereinfachungen durchgeführt werden. Die Besteuerung der sogenannten toten Hand wird in den Entwurf des neuen Grunderwerbsteuergesetzes nicht übernommen werden. Für das Einbringen von Grundstücken in Personengesellschaften ist eine Ermäßigung der Grunderwerbsteuer auf 2 vom Hundert vorgesehen.

Es wird angestrebt sein, die Verwaltung der Grunderwerbsteuer durchgreifend zu vereinfachen und auf das Reich zu übernehmen. Es wird auch zu prüfen sein, ob es sich nicht empfiehlt, den Grunderwerbsteuersatz zu senken. Das Aufkommen an Grunderwerbsteuer fließt restlos den Ländern und Gemeinden zu. Diese würden zur Frage der Senkung der Grunderwerbsteuer gehört werden müssen.

Wertzuwachssteuer

Bei der Wertzuwachssteuer wird insbesondere an eine Vereinheitlichung des Rechts und der Verwaltung gedacht werden müssen. Die Wertzuwachssteuer in ihrer heutigen Gestalt ist geeignet, den Grundstücksmarkt zu erschweren und steht übrigens in manchen Fällen in keinem Verhältnis zu der damit verbundenen Verwaltungsarbeit.

Kapitalverkehrssteuergesetz

Die Sätze der Kapitalverkehrssteuer werden unverändert beibehalten werden können. Der ermäßigte Satz von allgemein 1 vom Hundert Gesellschaftsteuer für Verschmelzungen wird aufzuheben sein, denn es ist mit dem Bestreben, Kapitalgesellschaften in Personengesellschaften umzuwandeln, nicht vereinbar, den Zusammenschluß von Kapitalgesellschaften steuerlich zu begünstigen.

Reichsurskundensteuergesetz

Im Reichsfinanzministerium ist ein Entwurf fertiggestellt worden, nach dem die vierzehn Landesstempelgesetze abgelöst werden durch ein Reichsurskundensteuergesetz.

Umsatzsteuer

Auf die Umsatzsteuer kann nicht verzichtet werden. Sie stellt das Hauptstück der Finanzen des Reiches dar. Es sind infolgedessen auch grundlegende Änderungen nicht möglich. Der Gedanke der sogenannten Pfaffenpauschalierung, die Einführung einer Kleinhandelssteuer und die sonstigen Wünsche, die hinsichtlich der Umsatzsteuer an uns herangetragen worden sind, sind fallen gelassen worden.

Für den Binnen-großhandel ist die Erhebung eines einheitlichen Satzes von ¼ vom Hundert vorgesehen. Es wird die Frage zu prüfen sein, ob nicht bei mehrstufigen Unternehmen die Besteuerung auch auf die Innenumsätze ausgedehnt oder der Steuersatz erhöht werden müßte. Diese Frage ergibt sich vom Standpunkt der steuerlichen Gerechtigkeit und der Herstellung gleicher Wettbewerbsverhältnisse. Die Verwirklichung des Gedankens würde im Interesse der einstufigen Betriebe gelegen sein, die in der Regel mittlere und kleine Unternehmen sind, an deren Erhaltung und Förderung wir, gesamtvolkswirtschaftlich gesehen, ein Interesse haben müssen.

Grundsteuer und Gewerbesteuer

Die Grundsteuer und die Gewerbesteuer sind heute Landessteuern. Die Gemeinden und Gemeindeverbände erheben Zuschläge dazu. Die Zuschläge sind verschieden hoch. Im Rechnungsjahr 1933 wird das Aufkommen an Grundsteuer einschließlich der Zuschläge ungefähr 1350 Millionen Reichsmark betragen haben, dasjenige an Gewerbesteuer einschließlich der Zuschläge ungefähr 540 Millionen Reichsmark.

Die Merkmale, nach denen die Grundsteuer und die Gewerbesteuer erhoben werden, sind nicht für das gesamte Reichsgebiet einheitlich. Auch die Verwaltung ist nicht einheitlich.

für die Grundsteuer und für die Gewerbesteuer einheitliches Recht für das gesamte Reichsgebiet

geschaffen werden. Die Verwaltung wird einheitlich für das gesamte Reichsgebiet durch die Reichsfinanzverwaltung übernommen werden müssen. Wir werden ein Grundsteuergesetz und ein Gewerbesteuergesetz schaffen. Danach werden Grundsteuer und Gewerbesteuer Reichssteuern sein. Belastungsverschiebungen können sich aus der Vereinfachung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer ergeben. Wir werden nach Mitteln und Wegen suchen, die Belastungsverschiebungen auf das Maß zu beschränken, das wirtschaftlich tragbar ist.

Die Erhebung und Verwaltung der neuen Grundsteuer und der neuen Gewerbesteuer sollen für das gesamte Reichsgebiet einheitlich auf die Finanzämter übernommen werden.

Für das Wirksamwerden des neuen Rechts und für die Umstellung der Verwaltung wird der 1. Januar 1936 in Aussicht zu nehmen sein. Für das Rumpfrechnungsjahr vom 1. April bis 31. Dezember 1935 wird die Erhebung noch nach den bisherigen Merkmalen und die Verwaltung noch durch die bisherigen Organe erfolgen. Die Durchführung der neuen Bewertungsarbeiten wird bis Sommer 1935 dauern.

Solange die Finanzen der Gemeinden einen Verzicht auf die Gewerbesteuer noch nicht erlauben, wird diese wesentlich vereinfacht und so erträglich wie möglich gestaltet werden müssen. Das bisherige Gewerbesteuerrecht ist sehr unübersichtlich und hat wegen der vielen Zusätze und Abfegungen bei der Feststellung des Gewerbeertrages zu starken Reibungen, zu Ärger und zu Verdruß zwischen Steuerpflichtigen und

Steuerbehörden geführt. Es erschwerte auch die Unkostenberechnungen, insbesondere bei Betrieben, die sich auf Gemeinden verschiedener Länder erstrecken.

Als einheitliche Besteuerungsgrundlage für das gesamte Reichsgebiet ist im Entwurf des neuen Gewerbesteuergesetzes der Gewerbeertrag in Aussicht genommen.

Als dieser soll der einkommensteuerliche Gewinn gelten. Die Veranlagung zur Gewerbesteuer soll möglichst zusammen mit der Einkommensteuer erfolgen. Bei Gesellschaften mbH und Aktiengesellschaften sollen diejenigen Beträge, die Gesellschafter dem Gewinn des Unternehmens entnehmen, einschließlich der ordentlichen Gehälter der Gesellschafter, dem Gewinn zugerechnet werden.

Eine Lohnsummensteuer wird es dem Entwurf des neuen Gewerbesteuergesetzes gemäß nicht mehr geben. Sie widerspricht dem Gedanken der Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Auch die Gewerkekapitalsteuer soll in Fortfall kommen. Es ist lediglich in Aussicht genommen, für Betriebe, deren Gewerkekapital einen bestimmten Betrag nicht übersteigt, eine Mindestbesteuerung vorzunehmen.

Es ist eine Besteuerungsgrenze vorgesehen, und zwar mit 1250 Reichsmark Gewerbeertrag. Die Gewerbetreibenden, deren Gewerbeertrag 1250 Reichsmark im Jahr nicht übersteigt, sollen gewerbesteuerfrei bleiben.

Die Angehörigen der freien Berufe werden aus der Gewerbesteuer ausgenommen. Sie sollen einer ihrem Beruf entsprechenden Berufsteuer unterliegen. Dabei wird ein angemessener Freibetrag vorzusehen sein.

Gewerbesteuer und Grundsteuer werden in wichtigsten Grundlagen der finanziellen Selbstverwaltung der Gemeinden sein. Gewerbesteuer und Berufsteuer werden in einem angemessenen Verhältnis zur Grundsteuer und zu den übrigen Gemeindesteuern stehen müssen. Es wird ein gewisser Ausgleich zwischen den verschiedenen Belastungen gesichert sein müssen. Die Reichsregierung wird hinsichtlich der Bestimmungen der Zuschläge, die die Gemeinden zu den Grundbeträgen erheben dürfen, bestimmte Richtlinien erlassen müssen.

Hauszinssteuer

Diese wird mit Wirkung ab 1. April 1935 um 25 vom Hundert und mit Wirkung ab 1. April 1937 um weitere 25 vom Hundert gesenkt werden und ab 1. April 1940 in Wegfall kommen. Eine frühere vollständige Beseitigung der Hauszinssteuer, die heute noch eine der wesentlichen Einnahmequellen der Länder und Gemeinden ist, ist technisch und praktisch unmöglich. Auch die Abwägung der Hauszinssteuer durch eine andere Steuer oder die Hineinarbeitung in eine andere Steuer wird nicht erfolgen.

Den Gebäudeeigentümern ist geholfen worden durch das Gebäudeinstandsetzungsgezet vom 21. September 1933. Es wird ihnen noch weiter geholfen durch die Verordnung vom 20. April 1934, betreffend Steuerermäßigung für Instandsetzungen und Ergänzungen. Und alle Gebäudeeigentümer erfahren, wenn zu ihrer Familie in den nächsten Jahren Kinder gehören, eine Entlastung im Rahmen der Einkommensteuerreform und der Vermögenssteuerreform.

Schlachtsteuer

Mit Wirkung ab 1. Mai 1934 ist eine Vereinheitlichung der Schlachtsteuer erfolgt. Bei der Gelegenheit ist die Schlachtsteuer

Reichsfinanzausgleich

Der Reichsfinanzausgleich wird im Zug der Reichsreform neu gestaltet werden. Es werden zunächst die Aufgaben abzugrenzen sein, die die Gemeinden, Gemeindeverbände und Länder oder Gauen zu erfüllen haben werden. Dann wird der Ausgabenbedarf und schließlich der Einnahmenbedarf festzustellen sein, beim letzteren wieder zunächst die Summe der außersteuerlichen Einnahmen und schließlich der erforderliche Steuerbedarf.

Als Zwischenglieder zwischen das Reich einerseits und die Gemeinden andererseits werden die Länder oder Gauen einzufachen sein. Es wird diesen Gauen ebenso wie den Gemeinden eine gewisse finanzielle Selbstverwaltung und Selbstverantwortung übertragen werden müssen. Dabei wird zu prüfen sein, was den Ländern oder Gauen als eigenes Vermögen zu belassen sein wird. Die finanzielle Selbstverwaltung wird sich im wesentlichen auf überwiesene Einnahmen erstrecken.

Die Aufgaben zu verteilen, wird ausschließlich Sache des Reichs sein. Es werden nicht nur

wesentlich vereinfacht und in ihren Sägen den Belangen der Landwirtschaft und damit den Interessen des Volksganges angepaßt worden. Die Verwaltung der Schlachtsteuer ist auf das Reich übernommen worden.

Biersteuer

Es ist in Aussicht genommen, die Gemeindebiersteuer mit der Reichsbiersteuer zu vereinigen und im Rahmen dieser Vereinigung eine Senkung der Biersteuer vorzunehmen. Wir werden zu einer Senkung der Biersteuer jedoch nur unter der Voraussetzung einer bestimmten Senkung des Bierpreises bereit sein.

Abbau der Gemeindegetränksteuer

Die Mineralwassersteuer wird nicht mehr erhoben werden. Im Jahre 1935 soll nun auch an den Abbau der Gemeindegetränksteuer gegangen werden. Die Entscheidung über die Weitererhebung der Gemeindegetränksteuer ist ausschließlich in das Ermessen der Gemeinden gestellt. Es ist zu wünschen, daß diejenigen Gemeinden, die eine Gemeindegetränksteuer noch erheben, nun sobald wie möglich einen Abbau und schließlich eine Beseitigung der Gemeindegetränksteuer beschließen.

alle Zweige der Reichsverwaltung, sondern auch die Selbstverwaltung von der Ortsgemeinde bis hinauf zum Land oder Gau zu beteiligen sein. Die Selbstverwaltung wird nach wie vor zur Besorgung staatlicher Aufgaben heranzuziehen sein. Da sie nach einheitlichem Plan umgeformt sein wird, werden die Voraussetzungen gleichmäßig gegeben sein, und alle Einzelheiten werden sich wesentlich einfacher übersehen und ordnen lassen als bisher.

Eine Unterscheidung zwischen ausschließlicher, konkurrierender und Grundgesetzgebung wird es nicht mehr geben. Das Reich allein wird bestimmen, wer außer ihm noch Steuern erheben darf und nach welchen Merkmalen. Das Abgaberecht der Gemeinden und der Kreise wird durch Reichsrecht abschließend zu regeln sein. Für gerichtliche Entscheidungen über die Zulässigkeit von Steuern wird kein Raum mehr sein; denn welche Steuern erhoben werden und nach welchen Merkmalen, bestimmt ausschließlich das Reich.

Bereinfachung des Steuerrechts und der Verwaltung

Im Rahmen der Steuerreform wird das gesamte Steuerrecht wesentlich vereinfacht werden. Von Einfachheit hat im bisherigen Steuerrecht nicht die Rede sein können. Die Zahl der Steuern war zu groß. Die Form der Gesetze war zu umständlich. Die Sprache war unklar und unklar. Diese Dinge haben zu einem riesigen Steuerwirrwarr, zur Interesslosigkeit an den Steuergeetzen und zur Beeinträchtigung der Arbeitsfreude der Finanzbeamten geführt. Der Spielraum für die Auslegung der einzelnen Bestimmungen war in manchen Fällen viel zu groß. Die gesamte Steuererhebung wird neu gestaltet werden. Die Form der Gesetze wird einfach sein. Die Sprache wird klar und eindeutig sein. Zur Vereinfachung ist auch ein besonderes Steueranpassungsgesetz mit der Bestimmung der verschiedenen Grundbegriffe vorgesehen. Eine wesentliche Vereinfachung wird auch darin bestehen, daß das Rechnungsjahr in Reich, Ländern und Gemeinden mit dem Kalenderjahr zusammengelegt werden wird und jegliche Steuern nur noch für das mit dem Kalenderjahr zusammenfallende Rechnungsjahr erhoben werden. Der Begriff Steuerabschnitt, der von manchem Steuerpflichtigen oft nicht recht verstanden werden können, wird verschwinden.

Die Vereinfachung wird sich auch auf die Verwaltung erstrecken. Es werden verschie-

dene Zusammenlegungen erfolgen. Im Ziel darf es grundsätzlich nur noch Reichssteuern und nur noch eine Reichsfinanzverwaltung geben.

Verzugszinsen und Stundungszinsen werden in der Reichsfinanzverwaltung mit Wirkung ab 1. Januar 1935 abgeschafft werden. Die Mahn- und Verfolgungsgebühren werden jedoch erhöht werden.

Nach Schluß eines jeden Jahres wird eine Liste der säumigen Steuerzahler aufgelegt werden. In diese Liste wird jeder aufgenommen werden, der es zur Mahnung durch den Verfolgungsbeamten hat kommen lassen. Die Vollstreckungsabteilungen werden dadurch sehr erheblich abgebaut werden können; für sie wird es in Zukunft hoffentlich fast keine Arbeit mehr geben.

Zum Schluß rufe ich alle auf, Steuern nicht nur pünktlich, sondern möglichst auch bargelblos zu entrichten. Das Ziel muß sein, daß Steuern nur noch bargelblos entrichtet werden dürfen.

Aufgaben für Wissenschaft und Wirtschaft Rohstoffersatz und Ausfuhr

(Telegraphische Meldung)

München, 27. Juni. Bei der Tagung der Akademie für Deutsches Recht veranstaltete die Rotgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft eine Vortragsreihe über die Frage „Was ist Deutsch?“ In seiner Einführungsansprache machte der neue Leiter der Rotgemeinschaft, Präsident Dr. Starck, grundsätzliche Ausführungen über das Verhältnis der nationalsozialistischen Regierung zur wissenschaftlichen Forschung. Sie hatte dem Sinn nach folgenden Inhalt:

Der Reichsregierung und jeder Länderregierung liegt es fern, irgendwie die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung zu beschränken. Sie wünscht im Gegenteil diese Freiheit gegenüber Einflüssen „aus der Vergangenheit“ zu bewahren. Die Reichsregierung muß allerdings darauf bestehen, daß auch die Wissenschaftler sich innerlich in ein positives Verhältnis zur deutschen Volksgemeinschaft und zur nationalsozialistischen Staatsführung setzen und ihre Forschung in den Dienst der Volksgemeinschaft stellen.

Der Führer selbst hat ein lebhaftes Interesse für die Organisation der wirtschafts-technischen Forschung. Er erwartet, daß diese bei der jetzigen Lage des Deutschen Reiches ihre wichtigste Aufgabe darin sehen wird, die Wirtschaft zu unterstützen, indem sie mithilfe, ausländische Rohstoffe möglichst weitgehend durch einheimische gleichwertige zu ersetzen und Waren auf den Weltmarkt zu bringen, die durch ihre Qualität oder Neuheit den Wettbewerb zu bestehen vermögen.

*

Berlin, 27. Juni. Die Elektrowirtschaft veranstaltete eine große Kundgebung, deren Zweck war, auf die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Spitzenverbände des Elektrohandels zur gemeinsamen Arbeitsbeschaffung und Absatzförderung aufmerksam zu machen.

Der Führer der Wirtschaft, Kessler, erklärte in seiner Ansprache, daß der Ernst unserer Wirtschaftslage in der Tatlage liege, daß wir bei der steigenden Beschäftigung unserer arbeitenden Menschen mehr und mehr jener Rohstoffe bedürfen, die unser heimatischer Boden nicht liefert. Das gegebene Mittel zur Bezahlung dieser Rohstoffe sei die Ausfuhr. Die deutsche Elektroindustrie sei einer der wertvollsten Devisenbringer für die gesamte Wirtschaft.

Vor einer neuen Kabinettsumbildung in Polen

(Telegraphische Meldung.)

Warschau, 27. Juni. Angeblich soll in Polen noch im Laufe dieser Woche eine neue Kabinettsumbildung erfolgen. Es wird vor allen Dingen die Ernennung eines Innenministers und eine Aenderung auf dem Posten des Landwirtschaftsministers erwartet. Man rechnet nach Meinung des Blattes bestimmt mit dem Rücktritt des bisherigen Landwirtschaftsministers Rukowski und mit der Uebernahme dieses Postens durch den Kurator der landwirtschaftlichen Schule in Krzemieniec, Boniatowski. Staatspräsident Moscicki hat den Ministerpräsidenten Rozowski zur Berichterstattung empfangen. Der Wojwode von Lemberg, Belina-Pazomowski, gilt als Kandidat für den Posten des Innenministers.

Für den Regierungsbezirk Arnberg ist dem NSDAP (Stahlhelm) bis auf weiteres das Abhalten von Versammlungen und Aufmärschen sowie das öffentliche Tragen von Uniformen und Abzeichen verboten worden, da NSDAP-Versammlungen SA-feindliche Tendenz gezeigt haben.

Göring in Köln

(Telegraphische Meldung.)

Köln, 27. Juni. Zur Amtseinführung des Regierungspräsidenten Dr. Diel traf am Mittwoch der Preussische Ministerpräsident Göring hier ein. Bei dem Empfang im Regierungsgebäude wandte er sich energisch gegen hier und da verbreitete Gerüchte über eine Strafverurteilung von Beamten der Zentralinstanzen in die Provinz. Es seien gerade die besten Beamten, die er in die Grenzprovinzen geleitet habe. Es sei eine Auszeichnung für die Beamten, die in die Front gestellt würden. Er wünsche das beste Einverständnis zwischen seiner Beamtenenschaft und der Bevölkerung.

Der Ministerpräsident gab dann seiner Freude darüber Ausdruck, daß er seinen bisherigen Mitarbeiter, den früheren Chef der Geheimen Staatspolizei, als Regierungspräsidenten in seinem neuen Amt einführen könne. Er wandte sich scharf gegen die törichte und widersinnigen Auslassungen ausländischer Blätter, die an diese Berufung geknüpft worden seien. „Ich habe meinen Mitarbeiter hier an diesen Posten gestellt, da er mein Wollen, mein Fühlen und mein Denken versteht und dieses Wollen und dieses Fühlen und Verstehen hier an der Spitze des Regierungsbezirkes Köln im Rheinlande zum Ausdruck bringen wird.“

Im Anschluß an die Veranstaltung im Regierungsgebäude hatte Ministerpräsident Göring eine Unterredung mit dem Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte. Im Rathaus empfing Oberbürgermeister Dr. Riesen mit seinen Beigeordneten den Ministerpräsidenten und überreichte ihm als Symbol des Kampfes um Deutschlands Erneuerung als Gabe der Stadt Köln ein Relief „Schwert“, das seit 3000 Jahren in deutscher Erde ruhte. Der Ministerpräsident trug sich in das Goldene Buch der Stadt Köln ein und nahm dann den Vorbesitz der Formationen ab.

Rosenberg spricht zur Jugend

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 27. Juni. Am Mittwoch sprach der Beauftragte des Führers, Reichsleiter Alfred Rosenberg, zu Schülern und Schülerinnen über alle deutschen Sender. Dabei führte er u. a. aus:

„Gegen das heutige Deutschland kämpft eine überlebte Welt von allen Seiten an. Diese alte Welt merkt, daß ihre Grundfesten erschüttert sind, aber die Führer dieser alten Mächte wollen nicht kampflös zurücktreten, und deshalb steht Deutschland mitten in einem schweren staatspolitischen Ringen und auch in einem unerhörten Geisteskampf. In diesem großen Kampf kann das deutsche Volk nur bestehen, wenn seine Lehrenden und Lernenden gemeinsam alle Kräfte anspannen und ihre Pflichten getadelt auch auf dem Gebiete des Fachlichen mit aller Gewissenhaftigkeit erfüllen, in dem Bewußtsein, daß hier ebenfalls eine entscheidende Schlacht geschlagen wird. Die Arbeit ist schwer, aber die deutsche Jugend ist sich auch dessen bewußt, daß sie in einer der größten Epochen der deutschen Geschichte lebt. Wir wollen tapferer Jungen und Mädel heranziehen und keine Feiglinge, wir wollen Jungen sehen, die voll Lebenslust und Kraft ihre Aufgaben meistern, nicht Dudmäuser und schwächliche Angeber. Diese Erziehung zu tapferen Menschen aber muß die Jugend selbst vornehmen.“

Die Dreigruppentouren der wichtigsten Kohleproduzierenden Länder im internationalen Arbeitsamt, die die Aufgabe hatte, die Möglichkeiten einer Ratifikation des im Jahre 1931 abgeschlossenen Abkommens über die Arbeitszeit auf den Kohlenbergwerken zu prüfen, hat ihre Arbeiten ergebnislos abgeschlossen.



Deutschland und England im Kampf um die nordischen Märkte

Von Professor Dr. Sven Helander, Nürnberg

Die Bedeutung der nordischen Märkte für Deutschland ist seit dem Kriege außerordentlich gewachsen.

Bei dem absoluten Zwang Deutschlands einen Exportüberschuß zu erzielen, ist die Lage auf diesen Märkten, die einen wesentlichen Teil des deutschen Exportüberschusses — im Jahre 1930 weit über ein Viertel und im Jahre 1933 knapp ein Viertel — ermöglicht haben, besonders wichtig.

Sehr starke wirtschaftliche Kräfte haben sich in diesem Kampfe geltend gemacht.

Zunächst bedeutet die praktische Festlegung der skandinavischen Währungen bei der Valuta selbstverständlich eine erhebliche Erleichterung des skandinavischen Handelsaustausches mit Großbritannien.

Druckmittel auf diejenigen Staaten, die an England weiter exportieren wollten. Hierbei ist es nun England gelungen, Vorzugsbehandlung der englischen Waren auf den skandinavischen Märkten zu erzwingen.

In den drei skandinavischen Ländern ist nun nach der skandinavischen Statistik der Handelsumsatz mit Deutschland gesunken, in Schweden um 7 Mill., in Norwegen um 7 Mill. und in Dänemark um 11 Mill. Kr.

Betrachten wir nun den Handelsumsatz mit Großbritannien, so geht aus dem Gesagten schon hervor, daß eine Verschiebung zugunsten Großbritanniens eingetreten ist.

Dänemark ist in dieser Lage englischen Wünschen gegenüber besonders empfindlich, und in Dänemark hat England vor allem Erfolg mit seinen handelspolitischen Wünschen gehabt.

Der Handelsumsatz Dänemarks mit England ist im letzten Jahr um 147 Mill. Kr. gesteigert, während der Umsatz mit Deutschland sich um 11 Mill. Kr. verminderte.

Mit Dänemark konnte England angesichts dieser Gesamtlage die größten Erfolge haben. Schweden und Norwegen gegenüber sind die eingetretenen Veränderungen weit geringer.

Es scheint uns gegenwärtig vor allem wichtig zu sein, daß man sich zu keinen falschen Urteilen über die Gesamtlage verleiten läßt.

Es ist wichtig, die verschiedenen Ursachen der jetzigen Schwierigkeiten auseinanderzuhalten.

zielt werden. Wirtschaftlich viel wichtiger ist die außerordentlich flüssige Lage des englischen Geldmarktes, die ein weitgehendes Entgegenkommen zur Förderung des Außenhandels erlaubt.

Stärkung der deutschen Volkswirtschaft

wird unter diesen Umständen auch den Handelsaustausch mit dem gesamten Norden auf das nachdrücklichste beeinflussen.

Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands führt aus allen angeführten Gründen nicht nur zu Erleichterungen für den Handelsaustausch selbst mit sich, sondern greift auch in die gesamten Voraussetzungen des nordischen Wirtschaftslebens hinein.

Berliner Börse

Uneinheitlich

Berlin, 27. Juni. Börseneröffnung uneinheitlich. Grundstimmung zwar nicht unfreundlich, bevorstehender Halbjahresultimo war doch etwas störend, da heute letzte Möglichkeit für Geldbeschaffungsverkäufe besteht.

Frankfurt a. M., 27. Juni. IG. Farben 149,75, Lahmeyer 128,75, Rüttigerwerke 39, Schuckert 92,25, Siemens und Halske 150,5, Reichsbahn-Vorzug 111,1%, Hapag 27,4%, Nordd. Lloyd 33, Abblösungsanleihe Altbesitz 94,75, Reichsbank 154,5, Buderus 76,75, Klöckner 72, Stahlverein 40,75.

Frankfurter Spätbörse

Ruhig

Frankfurt a. M., 27. Juni. IG. Farben 149,75, Lahmeyer 128,75, Rüttigerwerke 39, Schuckert 92,25, Siemens und Halske 150,5, Reichsbahn-Vorzug 111,1%, Hapag 27,4%, Nordd. Lloyd 33, Abblösungsanleihe Altbesitz 94,75, Reichsbank 154,5, Buderus 76,75, Klöckner 72, Stahlverein 40,75.

Breslauer Produktenbörse

Gehalten

Breslau, 27. Juni. Die Gesamtlage in allen Getreidesorten ist als weiter stetig anzusprechen.

Berliner Produktenbörse

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Braugerste, Sommergerste, Wintergerste, Hafer, Raster, Weizenmehl, Roggenmehl, etc.

Breslauer Produktenbörse

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes items like Getreide, Weizen, Wintergerste, Roggen, Hafer, Braugerste, Sommergerste, Industrieergerste, etc.

Posener Produktenbörse

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes items like Posen, Roggen, Gerste, Weizenkleie, grobe Weizenkleie, gelbe Lupinen, etc.

Londoner Metalle (Schlußkurse)

Table with 3 columns: Metal Name, Current Price, and Reference Price. Includes items like Kupfer, Zinn, Blei, etc.

Berlin, 27. Juni. Elektrolytkupfer (wire-bars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam: Für 100 kg in Mark: 45,5.

Berlin, 27. Juni. Kupfer 40,5 B., 39,5 G., Blei 17 B., 16,25 G., Zink 20 B., 19,5 G.

Berliner Devisennotierungen

Table with 4 columns: Location/Currency, Current Rate, and Reference Rate. Includes items like Buenos Aires, Canada, Japan, London, etc.

Valuten-Freiverkehr

Berlin, den 27. Juni. Polnische Noten: Warschau 47,30 — 47,40, Katowitz 47,30 — 47,40, Posen 47,30 — 47,40 Gr Zloty 47,30 — 47,44